

Wolfsblatt

Das „Wolfsblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Illustrierte Beilagen, „Kameradentum“ sowie „Wolk u. Zeit.“
Wiederholt eingehenden Manuskripten ist stets das Höflichste zu begehren. Das „Wolfsblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und gewerkschaftlichen Verbände. — Schriftleitung Halle 42/44.
Folgebände zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4607
Vertrieb: Anstaltsverteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Postgebühren für Abnehmer 1,90 Mark. Postgebühren monatlich 2 Mk. ab Postamt ab. n. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einbindung an den Verlag 2,30 Mk. Ausgabepreis 12 Pf. im Abonnement und 60 Pf. im Einzelverkauf. — Hauptvertriebsstelle Halle 42/44. Fernruf 4606. — Postfach Nr. 27. — Postfachkonto 20818 Sachs.

Gehüht das Banner!

Die Flaggenverordnung bleibt bestehen, weil die bürgerlich republikanischen Parteien die Reichsfahne im Stich lassen!

Die Sozialdemokratie ruft Euch zum Kampf!

Provokation auf Provokation!

Ein Sturm der Entrüstung braust in diesen Tagen durch unser Land. In allen Ecken des Reichs marschieren an den letzten Abenden die Anhänger der Republik zum Protest gegen die Flaggenverordnung auf, und erst am Sonntag ballte aus Millionen Stimmen des Reichsbanners die Erregung gegen die Reichsregierung wider. Telegramm auf Telegramm an die Zentralfestungen der republikanischen Parteien gibt Kenntnis von der psychologischen Auswirkung der Flaggenverordnung, und trotzdem erhaltene Mäßigkeit nicht nur daneben hinzunehmen, sondern für eine neue zu werten. Die letzte Provokation soll durch eine neue ergänzt werden und die Stimmung in den Massen zur Sieberde geleitet werden. Es ist nicht nur im Ausnahmefall, sondern immer auf dem besten Wege, dem ersten Schritt zur Verdrängung der verfassungsmäßig festgelegten Farben den zweiten folgen zu lassen und die schwarzrotgoldene Fahne völlig in den Hintergrund zu versetzen, oder sie wenigstens völlig zu vernichten. Was ist geschehen? In Abwesenheit des Reichskanzlers, der zwar in Berlin anwesend war, aber es vorzog, sich hinter den Rücken zu verbergen und seinen zweiten Schlag gegen Schwarz-Weiß-Gold von anderen vorzubereiten zu lassen, haben Zentrum und Demokraten am Sonntag in der Reichstagskammer den Antrag an den Reichskanzler ein Schreiben richten, in dem er der Flaggenverordnung Zustimmung und erklärt, daß ihm ein Vorschlag auf Schwarz-Weiß-Gold völlig fernliegt. Unter Hinweis auf die Verurteilung wird in diesem Schreiben, das die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien fertiggestellt hat, die Frage erhoben, ob es nicht möglich ist, in der das deutsche Volk trennenden Frage einen verlässlichen Ausgleich zu finden. Das Schreiben besagt weiter, daß dieser Ausgleich geschaffen werden soll unter Berücksichtigung des neuen Deutschlands mit seinen Zielen und der geschichtlichen Tradition des Deutschen Reiches. Eine Kommission soll diesen Plan die Brone aussprechen.

klaren Reichsverhältnis hat die Flaggenverordnung von 1921 nicht gerüttelt. Nach deren Vorrichtung hatten die Ablehnungsverordnungen der Reichsrepublik die Nationalflagge oder die gleichfalls schwarzrotgoldene Landesflagge zu lassen. Diesen verfassungsmäßigen Auftrag schreibt die neue, dem Einbruch der republikanischen Parteien zum Trotz erlassene Verordnung. Sie betrifft den Reichsvertreter in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten über die Reichsbehörden hin und nimmt eine Verordnungsverordnung begründet, die ferner eine unmittelbare Verfassungsmäßigkeit aufweist. Das ist nicht mehr geltendgemachte Ausübung des Verordnungsrechts, es ist die unzulässige Vorwegnahme eines verfassungsgewaltigen Gesetzes.

Demokraten und Zentrum mit Luther im Bunde. Der vereinbarte Unfall.

Der Verhandlungen der Regierungsparteien in der Reichstagskammer, die in Abwesenheit des Reichskanzlers unter dem Vorsitz des Reichsarbeitministers Dr. Brauns am den ersten Reichstagsvertreter richtend, am Sonntag eine Verdrängung verschiedener Minister mit dem Reichspräsidenten voran. An dieser Versammlung nahmen der Reichskanzler, der Reichsarbeitminister und der Minister des Innern teil. Ihr Ergebnis war, daß Reichspräsident v. Hindenburg dem ausgesetzten Plane seine Zustimmung gab. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten erklärten in den Verhandlungen mit dem Reichsarbeitminister Brauns, daß sie vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktionen das sozialdemokratische Mitverordnungsabkommen ablehnen werden. Sie planen, sich am Verlauf der Interpellationsdebatte nicht zu beteiligen und nur eine Erklärung abzugeben, die ebenfalls mit der Regierung vereinbart werden soll und in der das Kabinett eine veräußerte Klage für sein Vorgehen erhalten dürfte. Irgegendwelche Konsequenzen sollen aus dieser Klage nicht gezogen werden. Es liegt im Anbetracht der neuen Situation also bei den Demissionen, ob der Reichskanzler fällt oder nicht!

Die Doppelzüngigen.

Der demokratische Parteiführer Koch hat gestern bezüglich der Politik der Reichsregierung in der Flaggenfrage von einer Doppelzüngigkeit gesprochen. Koch rief habe die Reichsregierung erklärt, daß die neue Verordnung ein Einigungszwängen an die Bestände der monarchisch eingestellten Bevölkerung sei, nach dieser habe sie erklärt, daß das Ansehen der Republik und ihrer Fahne durch die neue Verordnung gefährdet worden sei. Der demokratische Parteiführer hat in diesem Zusammenhang, wie gesagt, von einer Doppelzüngigkeit der Reichsregierung gesprochen. Dieser Vorwurf könnte natürlich in erster Linie den Reichskanzler treffen. Aber, und deswegen nehmen wir auf dieser speziellen Angelegenheit das Wort, er trifft auch auf die Partei des Herrn Koch zu. Was die Demokraten in diesen beiden letzten Tagen geleistet haben, und was sie in den nächsten Tagen noch auszuführen zu leisten beabsichtigen, das ist ein verächtliches Zeugnis für die Tatsache, daß die deutsche Republik auf hundert Schuppen nur bei der Sozialdemokratischen Partei ruht.

Die beiden Montagsabläßern wird die Ansicht der Reichsregierung, im gegenwärtigen Konflikt zwischen ihr und den Reichstagsvertretern das Wort zu raumen, bekräftigt. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Fraktionsvertreter des Zentrums und der Demokraten vorbehaltlich einer Zustimmung ihrer Fraktionen der Ansicht der Reichsregierung gehen, wenn sie jetzt die Zustimmung bekräftigen und damit ein Erfolg der „neuen Wendung in der Flaggenfrage“ schon jetzt in Frage gestellt ist. Es ist jedenfalls äußerste Vermeidung am Wege. Und darüber, daß das gesamte Kabinett den Plan, Hindenburg in der Flaggenfrage einzubringen, bereits gebilligt und sogar schon angenommen hat, noch höherer Rücksicht mit dem nachstehenden Abstreifen des Zentrums und der Demokraten, kann gar kein Zweifel sein. Es bleibt also dabei: man war aber ihr sogar noch im Begriff, die letzte Provokation mit einer neuen zu beantworten. Das ergibt sich übrigens auch aus dem heute erschienenen Klage des „Sozialanzeiger“, in dem berichtet wird, daß der geschäftliche Punkt in der Flaggenfrage überstanden sein soll. Bei den Beziehungen dieses Klages zum Reichspräsidenten dürften diese Angaben nicht ohne weiteres aus der Luft gegriffen sein.

Luthers Rückfichtslosigkeit. Das Ausland meldet sich.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Abg. Dr. Koch, machte einem Vertreter der demokratischen Presse am Sonnabend nähere Mitteilungen über die Auffassung seiner Partei zu dem Konflikt mit der Regierung. Aus diesen Mitteilungen ergibt sich, mit welcher Rücksichtslosigkeit der Reichskanzler über die Auffassung der Koalitionsparteien hinweggegangen ist. Koch stellt unter anderem fest:

„Ich habe den Reichskanzler am Abend vor dem Erlaß der Flaggenverordnung aufmerksam gemacht, daß sie für uns völlig untragbar sei. Ich habe ihn am Freitag nochmals darauf hingewiesen, wenn die Sache auf sich beruhen bleibt, sie sich zur Verantwortlichkeit der Regierung entschließen müßte. Es war vergeblich.“
Warten wir ab, ob die demokratische Fraktion ihre Zustimmung wahrnimmt und dem sozialdemokratischen Mitverordnungsabkommen. Nach den neuesten Meldungen erscheint das zweifelhaft.

Was sich Demokraten und Zentrum heute in der Frage der republikanischen Farben erlauben, das ist kein Schimpf für Wölfe, sondern eine Varenomodie, die die empfindende Bevölkerung in der Öffentlichkeit verurteilt. Jedes Jahre sieht die deutsche Republik nun im beständigen Kampfe gegen ihre Feinde, jedes Jahre lang haben die Republikaner erleben müssen, wie ihre Farben beschmiert und besudelt werden, wie um ihrer Symbole willen die besten Männer gefoltert sind, und an der Schwelle des nächsten Jahres geben sich Republikaner dazu her, über die Farben ihrer Weltanschauung und ihres politischen Kampfes zu händeln. Man denke nur daran, wie die Reichsparteien Schwarz-Weiß-Gold in den Not gegeben haben, man erinnere sich der gemeinen Beschimpfungen dieser Farben, man rufe sich ins Gedächtnis zurück, wie oft diese Fahne von nationalfeindlichen Auszubenden unter dem Geheiß der schwarzweißroten Gesellschaft heruntergeholt worden, in den Schmutz getreten, gerissen und verbrannt worden ist, man denke daran, wieviel Lausche und aber Lausche von Republikanern um dieses geschändeten Symbole gewiffen sind gepferft haben, und man wird verstehen, welche Gefühle in Millionen von Herzen klawmen bei dem Gedanken, daß auch republikanische Parteien sich dazu hergeben, über die Wahrzeichen des neuen Staates zu händeln. Diese Tatsache wird dazu beitragen, die Demokratische Partei noch mehr als bisher zu begreifen, eine Entschleunigung, an der wir als Sozialdemokraten, wie schon so oft betont, gar kein Interesse haben. Aber die Haltung dieser Partei in den entscheidenden Fragen der deutschen Republik ist doch zeitweilig so lässig, daß den zwei Millionen Wählern — oder doch einem großen Teile von ihnen — gar keine andere Wahl bleibt, als ihre Vertretung in beschuldigten Parteiverhältnissen zu suchen. Aber auch die Zentrumspartei, deren Arbeitminister Dr. Brauns in diesen Tagen von Luther vorgelesen wird, um das Gemüsel der Regierungsparteien perfekt zu machen, wird bei ihren Anhängern in der Arbeiterklasse die Antwort erhalten, die ihr rechtens gebührt. Wir erinnern nicht nur an den flammenden Protest der Berliner Zentrumskreise und der Wittenbörner, wir erinnern auch an die Stimmung der Zentrumsarbeiter im Ruhr- und Rheingebiet, die mit uns gewiß Schülern an Schülern zum Schutze der deutschen Reichsverfassung kämpfen werden.

Denn um diesen Schutze geht es. Herr von Hindenburg hat uns erzählt, daß er selbstverständlich die ganze Flaggenfrage auf der verfassungsmäßigen Grundlage behandelt habe und behandeln werde. Hindenburg gibt politisch das wieder, was ihm Luther jügerter. Luther aber hat in den letzten Monaten des Äußeren befohlen, daß er verstärkte Meinungen bestell, sich über das Parlament hinwegzusetzen, und er hat in der Flaggenfrage bewiesen, daß er auch den Mut aufbringt, sich über die Reichsverfassung hinwegzusetzen. Aber wir Sozialdemokraten denken anders, wir denken anders. Wir Wölfe läßt sich besänftigen, man hat Herrn Luther über den Geist der Weimarer Reichsverfassung zu streiten. Jeder seiner Versuche, uns glaubhaft machen zu wollen, daß er der Säule der Weimarer Reichsverfassung wäre, schreitet daran, daß dieser Rangler in unseren Augen außer und innen schwarzweißrot ist und sein politisches Dasein von ostentativem und unerbittlichen Wessens näher, mit den Demokratischen im ersten Anlauf zu arbeiten. Diejem Mann gilt darum unser Kampf bis aufs Messer. Die Sozialdemokratische Partei kann und wird keine Regierung mehr

Diese Verordnungen bedeuten nichts anderes, als daß unter schwarzweißrotem Protektorat verfaßt werden soll, dem beständig sich möglichst bald eine Reichsflagge zu officieren, die zu 30 Prozent aus Schwarz-Weiß-Gold und zu den übrigen 70 Prozent aus Schwarz-Weiß-Blau bestehen soll. Es ist vorläufig eine andere Frage, ob das gelingt. Aber zunächst hat die Regierung erreicht, was sie wollte. Die Flaggenverordnung, mit der die Demokraten „nicht unerwartet“ waren und die vom Zentrum „mitbilligt“ wurde, bleibt bestehen. So darf sich der schwarzweißrote Reichskanzler mit Recht eines Erfolges rühmen, der nur möglich war durch den geradezu beschämenden Rückzug der republikanischen Regierungsparteien. Sie sind letzten Endes vor ihrer eigenen Meinung davongelaufen und haben ihre Anhänger im Lande und deren Banner im Stich gelassen. Seit der geborenen Verungung bietet man den Republikanern eine neue Verdrängung. Als der Reichskanzler vor wenigen Tagen seine Flaggenverordnung der Öffentlichkeit übergab, verurteilte er in einer Begründung klarzumachen, daß seiner Vorname nur „praktische Bedeutung“ zukomme. Das neue Abkommen zeigt, welchen Sinn diese „praktische Bedeutung“ hat, und daß mit ihr kein anderes Ziel verfolgt wird, als möglichst bald wieder die Fahne des Kaiserreichs zur offiziellen Flagge der deutschen Republik zu erheben. Die Sozialdemokratie wird Millionen und aber Millionen gegen diese Absicht aufstehen. Sie wird bis zum glücklichen Erfolg für die Aufhebung der Flaggenverordnung kämpfen und die neuesten Pläne der Regierung von vornherein unmöglich zu machen wissen. Vor allen aber gilt unser unerbittlicher Kampf dem Vater des Reichstags gegen die republikanischen Farben, dem gegenwärtigen Reichskanzler.

Der Republikanische Richterbund gegen den Verfassungsbruch.

Der Republikanische Richterbund erläßt zu der Flaggenverordnung folgende Kundgebung: Der Republikanische Richterbund in Sorge um den Einklang des Rechts mit der Weimarer Reichsverfassung, kann an der Flaggenverordnung vom 5. Mai 1926 nicht vorbeigehen. Er hält sie für nicht vereinbar mit der unvermeidlichen Ordnung des neuen Reichsbundes in der Verfassung, die zu Reichsflaggen die Farben Schwarz-Weiß-Gold erklärt und nur der Handelsflagge die Farben Schwarz-Weiß-Blau zuweist. Behörden, die das Recht nach außen vertreten, dürfen allein die Gewandfarben Schwarz-Weiß-Gold zeigen. In diesem

Aus der Provinz.

Die Dienste der Sparkasse zum Gesamtwohle.

Verbandsberaumung des Sparkassen- und Giroverbandes für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt.

Kampff gegen den Großhandelsbankrott. — Die Ziele der Kreditpolitik. — Wichtige Finanzlage des Giroverbandes. — Sozialdemokratische Gemeinnützigkeit und Gemeinnützigkeit. — Ein Sozialdemokrat im Vorstand von 294 Sparkassen. — 300 Sparkassenmitglieder. — Die Höhe der Sparkassenleistungen. — Die Bedeutung der Sparkassenleistungen für den Handel und die Gewerbebetriebe. — Die Sparkassenleistungen für den Handel und die Gewerbebetriebe. — Die Sparkassenleistungen für den Handel und die Gewerbebetriebe.

Der großen öffentlichen Verbandsberaumung ging eine Hauptversammlung der Sparkassenbeamten und angelernten der Provinz Sachsen voraus. Am Mittwoch dieser Woche fand ein Vortrag des Direktors C. Meyer (Berlin) über die Sparkassenleistungen. Die Sparkassenleistungen müssen unentgeltlich für den Handel und die Gewerbebetriebe sein. Ihre Kreditleistungen nur auf realer Grundlage gegeben werden. Kapitalneubildung ist ihre Hauptaufgabe. Die Sparkassenleistungen müssen unentgeltlich für den Handel und die Gewerbebetriebe sein. Ihre Kreditleistungen nur auf realer Grundlage gegeben werden. Kapitalneubildung ist ihre Hauptaufgabe.

Die große öffentliche Verbandsberaumung ging in außerordentlich kurzer Weise ab. Am Mittwoch dieser Woche fand ein Vortrag des Direktors C. Meyer (Berlin) über die Sparkassenleistungen. Die Sparkassenleistungen müssen unentgeltlich für den Handel und die Gewerbebetriebe sein. Ihre Kreditleistungen nur auf realer Grundlage gegeben werden. Kapitalneubildung ist ihre Hauptaufgabe.

Der Verband ist außerordentlich gewachsen. Er zählt heute 294 Sparkassen. Die Sparkassenleistungen müssen unentgeltlich für den Handel und die Gewerbebetriebe sein. Ihre Kreditleistungen nur auf realer Grundlage gegeben werden. Kapitalneubildung ist ihre Hauptaufgabe.

In der Aussprache nahm als einziger Genosse Loh (Mittelhausen) das Wort zu einer ausführlichen, scharfen, aber sachlichen Kritik. Er betonte, daß die Unterstufung der Weimarer innerhalb des Verbandes in aller Hinsicht vor sich gehen müsse. Der Herr ist die moralische Hebelwirkung unserer Sparkassen. Die Sparkassenleistungen müssen unentgeltlich für den Handel und die Gewerbebetriebe sein. Ihre Kreditleistungen nur auf realer Grundlage gegeben werden. Kapitalneubildung ist ihre Hauptaufgabe.

Verlorene Seelen.

Kriminalroman von Hans Hyan. (Nachdruck verboten)

Du, sag ich, jetzt ist Zeit, daß wir schlafen (sich auf und klopfen). Die hat irgendwohin (sehen), und macht uns Kampfen (Verrat)! Los! Los!

„Ma, habi ihr denn wenigstens was gefast (erwarte)?" „Ja geht, man muß doch leben.“

„Ma, habi ihr denn wenigstens was gefast (erwarte)?" „Ja geht, man muß doch leben.“

„Ma, habi ihr denn wenigstens was gefast (erwarte)?" „Ja geht, man muß doch leben.“

prinzipalpolitischen Wesen. Ertränkt ist, daß der Verband diesen Weg beibringt. Die Finanzen für Kredit sind zu hoch, die Zinsspanne ungeheuer, unzulässig und unzulässig. Die Prinzipalpolitik der Girozentrale muß dabei bahnbrechend wirken, unabhängig von den Sparkassen. Die Girozentrale als Eigeninitiative der Sparkassen ist ein Vorzeichen der Idee der Gemeinnützigkeit. Die Finanzen für Kredit sind zu hoch, die Zinsspanne ungeheuer, unzulässig und unzulässig.

Die Finanzen für Kredit sind zu hoch, die Zinsspanne ungeheuer, unzulässig und unzulässig. Die Prinzipalpolitik der Girozentrale muß dabei bahnbrechend wirken, unabhängig von den Sparkassen. Die Girozentrale als Eigeninitiative der Sparkassen ist ein Vorzeichen der Idee der Gemeinnützigkeit.

Die Finanzen für Kredit sind zu hoch, die Zinsspanne ungeheuer, unzulässig und unzulässig. Die Prinzipalpolitik der Girozentrale muß dabei bahnbrechend wirken, unabhängig von den Sparkassen. Die Girozentrale als Eigeninitiative der Sparkassen ist ein Vorzeichen der Idee der Gemeinnützigkeit.

Un untere Berichtshalter.

Die Finanzen für Kredit sind zu hoch, die Zinsspanne ungeheuer, unzulässig und unzulässig. Die Prinzipalpolitik der Girozentrale muß dabei bahnbrechend wirken, unabhängig von den Sparkassen. Die Girozentrale als Eigeninitiative der Sparkassen ist ein Vorzeichen der Idee der Gemeinnützigkeit.

Sonderzug nach Halle am Samstag.

Das Eisenbahnverkehrsamt Leipzig teilt uns folgendes mit: Am Samstag, den 18. Mai, verkehrt ein Sonderzug mit 294 Prozent Kapazitätsauslastung in beidseitiger Fahrt von Leipzig über Zwickau-Gleubitz-Döbelitz-Balle nach Halle (Saale) und zurück. Am Ende herrliche Aussicht nach den fernen Gegenden des Harzes, der Thüringischen und des Sächsischen Waldes.

Radio-Apparate, Einzelteile, Akku-Ladestation und Reparatur.

William Faber, Fischerstraße 1, Telefon 1044.

Alles Nähere ist aus dem besondern Hefchen, das bei den Sparkassenangehörigen kostenlos erhältlich ist, sowie aus den überall ausliegenden Hefchen ersichtlich.

Sonderzug nach Halle am Samstag. Das Eisenbahnverkehrsamt Leipzig teilt uns folgendes mit: Am Samstag, den 18. Mai, verkehrt ein Sonderzug mit 294 Prozent Kapazitätsauslastung in beidseitiger Fahrt von Leipzig über Zwickau-Gleubitz-Döbelitz-Balle nach Halle (Saale) und zurück. Am Ende herrliche Aussicht nach den fernen Gegenden des Harzes, der Thüringischen und des Sächsischen Waldes.

Das tägliche Brot.

Das Trug-Brot erkennt man an der blauen Marke, die gesetzlich geschützt ist. Man erhält es in den Lebensmittelgeschäften oder man bestellt es sich bei den Lieferanten (Lebensmittelgeschäft) in bester Qualität. Das Trug-Brot enthält kein Mehl und kein Roggen-Vollkornmehl. (Auch die Scheffelbrötchen und der Scheffelweiback enthalten die radioaktiven Nährsalze.)

Radio-Apparate, Einzelteile, Akku-Ladestation und Reparatur.

William Faber, Fischerstraße 1, Telefon 1044.

Ein gutes Geschäft.

An ihrem Arbeitszimmer, an einem isolierten Zylinderbureau, dem das Alter nichts von seiner glänzenden Sauberkeit geraubt hatte, saß Frau von Demuth.

„Neben ihr in einem kleinen Armstuhl ein junger Mann, der die Spitzen seiner dunklen Haare und lächelnd mit seinem Väterchen sprach.“

„Neben ihr in einem kleinen Armstuhl ein junger Mann, der die Spitzen seiner dunklen Haare und lächelnd mit seinem Väterchen sprach.“

„Neben ihr in einem kleinen Armstuhl ein junger Mann, der die Spitzen seiner dunklen Haare und lächelnd mit seinem Väterchen sprach.“

„Neben ihr in einem kleinen Armstuhl ein junger Mann, der die Spitzen seiner dunklen Haare und lächelnd mit seinem Väterchen sprach.“

